

Verstrickt in Terror

Die UNRWA und ihre Verbindung zur Hamas

Logistik des Kriegs

Der Streit um die Hilfslieferungen

Besuch in der christlichen Medienstadt

Botschafter Prosor in Wetzlar





8

HILFSLIEFERUNGEN FÜR GAZA

Leichter gesagt als getan

6 UNRWA UND HAMAS

Eine Untersuchung als Farce

10 ISRAEL-BERICHTERSTATTUNG

Mit hartnäckiger Schlagseite

14 ENDE DER REGENZEIT

See Genezareth gut gefüllt

15 BIBELKOLUMNE

Fehlende Erntearbeiter



4

BOTSCHAFTER PROSOR

Ideologie der Hamas nicht verharmlosen



12

BEISETZUNG

„Shani, bitte vergib mir!“

Ehemalige Geisel nach fünfeinhalb Monaten aus Krankenhaus entlassen

Nach fünfeinhalb Monaten ist die ehemalige Geisel Alma Avraham am 8. Mai aus dem Krankenhaus entlassen worden. Die damals 84-jährige war Ende November direkt nach ihrer Freilassung aus der Gefangenschaft per Hubschrauber zum Soroka-Krankenhaus in der Wüstenhauptstadt Be'er Scheva gebracht worden. Sie befand sich nach 51-tägiger Geiselhaft im Gazastreifen in einem lebensbedrohlichen Zustand und wurde künstlich beatmet.

Avraham wurde am 7. Oktober aus dem Kibbutz Nahal Os verschleppt. In ihrem Haus konnte sie den Schutzraum nicht verschließen, weil die Tür zu schwer war. Sie lebt seit 1974 in Nahal Os. Nach Angaben der Klinik wurde sie von den Terroristen nach der Entführung medizinisch vernachlässigt.

Ihr Sohn Uri Ravitz teilte bei ihrer Entlassung mit, dass sie an ihrem Geburtstag einen Monat zuvor gesagt habe, sie fühle sich wie neugeboren. Seine Mutter habe sich Fähigkeiten wie Atmen, Gehen, Essen und auch Lächeln wieder aneignen müssen. |

Elisabeth Hausen



Große Freude: Alma Avraham verlässt fünfeinhalb Monate nach dem Ende ihrer Geiselhaft das Krankenhaus

IMPRESSUM

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00 | Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen (Redaktionsleitung), Daniel Frick, Carmen Shamsianpur **Büro Jerusalem** mh

Titelfoto Ein israelischer Soldat in einem Terrortunnel der Hamas, der laut Armee teilweise unter einem UNRWA-Gebäude verlief; Quelle: picture alliance

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Mai 2024

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Hoffnung inmitten der Anfeindung

Liebe Leser,

es wirkte, als hätten alle nur darauf gewartet, wieder das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge, UNRWA, unterstützen zu können: Nach wenigen Wochen kam die von den Vereinten Nationen eingesetzte Untersuchungskommission zu dem Schluss, dass es an Beweisen für die von Israel erhobenen Terrorvorwürfe mangle. Kaum war das Ergebnis bekannt, da setzten westliche Regierungen ihre Zahlungen an die UNRWA wieder fort – auch die deutsche. Doch wer sich näher mit dem Thema befasst, stellt fest, dass die Vorwürfe keinesfalls haltlos sind. Mehr lesen Sie im Beitrag von Gastautor Florian Markl ab Seite 6.

Während die UNRWA von Schuld freigesprochen wird, häufen sich Vorwürfe gegen Israel. Der jüdische Staat wolle die Palästinenser im Gazastreifen aushungern, wird behauptet. Die Hilfslieferungen reichten nicht aus. Doch oft gelangen die Güter schlicht nicht an die Bevölkerung, weil die Terrorgruppe Hamas sie sich unter den Nagel reißt. Solche Machenschaften prangert die Weltgemeinschaft nur selten an, wie Carmen Shamsianpur im Artikel ab S. 8 feststellt.

Der ungerechtfertigten Kritik an Israel schließen sich auch die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland an. Bereits lange vor dem 7. Oktober wies die Berichterstattung eine antiisraelische Schlagseite auf. Damit leisteten die Medien vermutlich einer einseitigen Wahrnehmung der Ereignisse nach dem Hamas-Massaker Vorschub, analysiert Daniel Frick ab Seite 10.

Mitte Mai entdeckte die israelische Armee die Leichen von drei ermordeten Teilnehmern des Nova-Festivals. Die sterblichen Überreste befanden sich in einem Raum unter einem UNRWA-Gebäude. Eine Plakette enthielt Dank für die deutsche Unterstützung bei der Renovierung. Eine der Ermordeten war die Deutsch-Israelin Shani Louk. Eindrücke von der Beerdigung schildern Mirjam Holmer und Sandro Serafin ab Seite 12.

Bei der Trauerfeier las ein Rabbiner aus dem 37. Kapitel des Propheten Hesekiel. In Vers 12 und 13 verspricht Gott: „Siehe, ich will eure Gräber auf tun und hole euch, mein Volk, aus euren Gräbern herauf und bringe euch ins Land Israels. Und ihr sollt erfahren, dass ich der HERR bin.“ Diese Verheißung kann Hoffnung geben in aller Anfeindung, die Israel gerade trifft.

Herzlich grüßt Sie,

Elisabeth Hausen

Elisabeth Hausen



WISSENSWERT



Die Bezeichnung „Palästina“ leitet sich von den Philistern ab, einem Seefahrervolk aus der Ägäis. Nach dem gescheiterten jüdischen Bar-Kochba-Aufstand gegen die Römer benannte 135 nach Christus Kaiser Hadrian die römische Provinz Judäa in „Palästina“ um. Er wollte das Andenken an das jüdische Leben in der Region aus dem Namen der römischen Provinz tilgen. Einen palästinensischen Staat hat es in dem Gebiet bislang nicht gegeben. Die Bezeichnung „Palästinenser“ für dort lebende Araber kam in den 1960er Jahren auf.

„Deutschland darf Ideologie der Hamas nicht verharmlosen“

Deutschland sollte die Ideologie der Hamas nicht unterschätzen, warnt der israelische Botschafter Prosor bei einem Podiumsgespräch. Für eine dauerhafte Friedenslösung setzt er auf die arabischen Staaten.

Daniel Frick



Diskussionsrunde in Wetzlar: IDEA-Co-Leiterin Städter, Botschafter Prosor, der Antisemitismusbeauftragte Becker und Pfarrer Grieb (v. l.)

Der israelische Botschafter Ron Prosor hat Deutschland davor gewarnt, die Ideologie der Hamas zu verharmlosen. „Wenn Sie diese Ideologie nicht ernst nehmen und heute dagegen handeln, werden Sie morgen weinen“, sagte der israelische Botschafter am 25. März bei einem Podiumsgespräch im mittelhessischen Wetzlar.

Israel habe diesen Fehler im Jahr 2005 begangen: Der Abzug aus dem Gazastreifen sei mit der Hoffnung verbunden gewesen, einen ersten Schritt des Friedens zu gehen. Daher habe Israel die Siedlungen aufgegeben, zumal diese in aller Welt als „Friedenshindernis“ galten. Doch die Hamas habe schon damals den Abzug als Zeichen der Schwäche gedeutet, hervorgerufen durch Terrorismus. Der Abzug sei ein Anreiz gewesen, mit Terror weiterzumachen. Prosor war damals Staatssekretär im Außenministerium. „Wir haben

diese Ideologie verharmlost. Da bin auch ich verantwortlich.“

Die Podiumsdiskussion in den Räumen des christlichen Senders ERF hatte die Organisation Christen an der Seite Israel (CSI) angestoßen. Die Veranstalter waren CSI, ERF, die „Evangelische Nachrichtenagentur IDEA“ und die Christliche

Medieninitiative pro, zu der Israelnetz gehört.

Die Co-Leiterin von IDEA, Daniela Städter, moderierte das Gespräch. Daran beteiligt waren neben Prosor der Antisemitismus-Beauftragte des Landes Hessen, Uwe Becker (CDU), und der Evangelische Vorsitzende der Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit Gießen-Wetzlar, Wolfgang Grieb.

Prosor: Israel muss in Rafah einmarschieren

Prosor ging auch auf aktuelle Entwicklungen ein: Die wenige Stunden vor der Diskussion verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates nannte er „sehr problematisch“. Im Text werde zuerst die Waffenruhe und erst dann die Freilassung der Geiseln genannt. Sollte es zu einer Waffenruhe kommen, habe die Hamas keinen Grund mehr, die Geiseln freizulassen. „Das ist eine Belohnung für eine Terror-Organisation, die das Auslösen des jüdischen Staates und des jüdischen Volkes als ‚Staatsräson‘ formuliert und in die Tat umsetzt hat.“

Mit Blick auf die militärische Lage erklärte der Botschafter, Israel müsse in

Zu Besuch in der „christlichen Medienhauptstadt“

Die Initiative kam von der Organisation „Christen an der Seite Israels“ (CSI): Sie schlug vor, dass Botschafter Ron Prosor die „Hauptstadt der christlichen Medien“ besuchen könnte – das in Mittelhessen gelegene Wetzlar. Dort sollte er Gelegenheit haben, die drei Medienwerke kennenzulernen: ERF – der Sinnsender, die „Evangelische Nachrichtenagentur IDEA“ und die Christliche Medieninitiative pro, zu der Israelnetz gehört. Prosor war gern zu einer solchen Reise bereit, er verknüpfte sie mit seinem Antrittsbesuch in der Landeshauptstadt Wiesbaden. In Wetzlar empfing ihn zunächst Oberbürgermeister Manfred Wagner. Der israelische Botschafter trug sich in das Goldene Buch ein. Im ERF-Medienhaus bestand dann neben der Podiumsdiskussion Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Außerdem konnte jede der vier Redaktionen Prosor interviewen. Sein Fazit: „Ich bin hier unter Freunden.“

Rafah einmarschieren, um die Hamas völlig zu zerschlagen. Das Beispiel des Al-Schifa-Krankenhauses sei dafür ein Beleg: Israel sei dort schon Mitte November gewesen, doch die Terroristen seien zurückgekehrt. Der Grund: Die Armee habe beim ersten Mal die Bevölkerung

Kontakte zu „gemäßigten Gruppen“ zu intensivieren. Eine Änderung der Siedlungspolitik könnte gemäßigte Palästinenser dazu motivieren, für ein gemeinsames Leben einzutreten. Hoffnung bereiteten ihm dabei die israelischen Araber. Deren Integration sei ein „Erfolgsmodell“.

Plädoyer für persönliche Begegnungen

Der Botschafter verwies darauf, dass die Abraham-Abkommen zwischen Israel und arabischen Ländern wie die Vereinigten Arabischen Emirate die Haltung zu



Mitarbeiter der vier christlichen Organisationen mit Botschafter Prosor

vorgewarnt. Dies hätten auch Terroristen genutzt und das Krankenhaus verlassen, nur um wieder zurückzukehren.

Becker pflichtete Prosor bei: Israel müsse die Hamas zerschlagen – „auch im Interesse der palästinensischen Bevölkerung, die als Schutzschild missbraucht und letztlich auch als Geisel genommen wird“. Israel betreibe keinen Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser, sondern kämpfe um seine Existenz. Der jüdische Staat müsse gegen die Hamas vorgehen, damit die Menschen im Süden und Norden des Landes wieder ein ruhiges Leben führen könnten.

Diskussion über das richtige Modell

Pfarrer Grieb forderte indes eine „Waffenruhe, um nachzudenken“. Israel müsse sich überlegen, wie es nach dem Krieg weitergehen könne. Dazu gelte es, die

Allerdings seien die Palästinenser aktuell „dramatischen Entrechtungen“ durch Israel ausgesetzt. Zudem habe sich die Regierung „sehr weit nach rechts bewegt“. Für ein dauerhaftes Arrangement gebe es zur „Zwei-Staaten-Lösung“ keine Alternative, auch wenn diese noch in weiter Ferne liege.

Prosor und Becker zeigten sich dabei skeptischer. Becker plädierte dafür, zuerst über die Grundlagen eines Palästinenserstaates zu sprechen. Ein solcher Staat hätte derzeit das Ziel, Israel auszulöschen. Die Palästinenser müssten ihre Probleme angehen, und dazu gehöre zuallererst der Terrorismus.

Prosor betonte, dass nicht die Schaffung eines palästinensischen Staates das Problem sei – dazu hätten die Palästinenser in der Vergangenheit viele Gelegenheiten gehabt. Das eigentliche Problem sei die Akzeptanz eines jüdischen Staates.

Israel verändert hätten. Durch Besuche im Land sei es möglich geworden, Vorurteile abzubauen. „Wir müssen mehr Begegnungen mit unseren arabischen Nachbarn haben. So können wir Frieden erzielen.“

Mit Blick auf die Palästinenser warb Prosor dafür, die arabischen Staaten einzubinden. Ein Quartett aus den Staaten Ägypten, Emirate, Jordanien und Saudi-Arabien könne „Teil der Lösung“ sein. Diese Staaten hätten verstanden, dass die Hamas – und hinter der Hamas die Muslimbrüder – auch eine Gefahr für sie selbst seien. „Wenn diese Staaten nicht nur hinter den Kulissen sagen, was sie wirklich denken, werden Sie sehen, dass es hierbei viel Einvernehmen gibt.“ |

Hören Sie unser Gespräch mit Ron Proser im Israelnetz-Podcast

bit.ly/Prosor



Vermutlich haben Sie den Namen des Faisal Ali Mussalem al-Naami noch nie gehört, und auch Rami Mohammed Ramadan Sabbah dürften Sie nicht kennen. Der eine wurde auf Aufnahmen identifiziert, als er am 7. Oktober 2023 an der Entführung eines israelischen Soldaten beteiligt war und sich um die Verteilung von Waffen an die Mördertruppe der Hamas in Israel kümmerte, der andere war ebenfalls am Kidnapping von Israelis beteiligt

Mitgliedern der beiden Terror-Organisationen haben.

Dass das Palästinenser-Hilfswerk in einem gelinde gesagt problematischen Verhältnis zur Hamas steht, ist nichts Neues. Bei Wahlen zu UNRWA-Angestelltenvertretungen 2012 gewannen Hamas-Vertreter beispielsweise alle elf Sitze im Lehrersektor, sechs von sieben im Arbeiter- und acht von neun Sitzen im Dienstleistungssektor. Die wenigen gewählten



UNRWA UND HAMAS

Eine Untersuchung als Farce

Die Beziehungen zwischen der UNRWA und der Terrorgruppe Hamas sind eng und vielfältig. Für das Hilfswerk der Vereinten Nationen stellt diese Verbindung offenbar kein Problem dar.
Florian Markl

Israelische Soldaten in einem Hamas-Tunnel, der teilweise unter dem UNRWA-Hauptquartier verlief

und wurde auf Fotos zusammen mit einer verschleppten Israelin identifiziert. Beide waren also am Hamas-Massaker in Israel beteiligt – und beide, der eine Sozialarbeiter, der andere Mathematiklehrer, sind Mitarbeiter der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East“ (UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge in Nahost, UNRWA).

Mehr als ein Dutzend UNRWA-Mitarbeiter, die aktiv am größten Massaker an Juden seit dem Ende des Holocausts teilnahmen, sind namentlich bekannt. Von den rund 13.000 UNRWA-Beschäftigten im Gazastreifen sollen israelischen Angaben zufolge mehr als 10 Prozent selbst Mitglieder der Hamas beziehungsweise des Palästinensischen Islamischen Dschihad sein, über 50 Prozent der UNRWA-Mitarbeiter engste verwandtschaftliche Beziehungen zu

Nicht-Hamas-Leute gehörten dem Palästinensischen Islamischen Dschihad an. Im Jahr 2017 wurde ein leitender Ingenieur der UNRWA ins Hamas-Politbüro gewählt. Im März 2024 wurde bekannt, dass Hamas-Chef Ismail Hanije früher Lehrer bei der UNRWA war.

Die UNRWA weiß genau, dass sich unter ihren Mitarbeitern auch Hamas-Leute befinden – aber sie sieht darin kein grundsätzliches Problem. 2004 etwa antwortete der damalige UNRWA-Chef Peter Hansen auf entsprechende israelische Vorwürfe: „Oh, ich bin sicher, dass Hamas-Mitglieder auf der Gehaltsliste der UNRWA stehen, und ich sehe das nicht als Verbrechen an. Dass die Hamas eine politische Organisation ist, bedeutet nicht, dass jedes Mitglied ein Militanter ist. Wir führen keine politische Überprüfung durch und schließen keine

Menschen mit einer bestimmten Überzeugung gegenüber anderen aus.“

Niemand hat was mitbekommen

Das Problem der Terrorverstrickungen der UNRWA geht freilich weit über Mitglieder von Terrorgruppen in ihren eigenen Reihen hinaus. Immer wieder haben Organisationen dokumentiert, wie zahlreiche Lehrkräfte des Hilfswerks in sozialen Medien Terroraufrufe verbreiten und zur Ermordung von Juden aufrufen. Im Januar 2024 veröffentlichte die UN Watch einen Bericht über eine von UNRWA-Mitarbeitern betriebene Telegram-Chatgruppe mit rund dreitausend Mitgliedern, in der das Hamas-Massaker vom 7. Oktober bejubelt und gefeiert wurde. Entgegen der ständigen Beteuerungen, keine Toleranz für die Verbreitung von Hetze und Hass zu kennen, hat die UNRWA nur in äußerst seltenen Fällen Schritte gegen ihre Mitarbeiter unternommen – selbst Lobpreisungen Hitlers führten nicht notwendigerweise zu Kündigungen.

In UNRWA-Einrichtungen fanden Gedenkfeiern für „Martyrer“ der Hamas statt, Beschäftigte des Hilfswerks bauten in ihrer Freizeit Raketen, mehrere Male wurden in UNRWA-Gebäuden Raketen- und Waffenlager aufgespürt. Im Februar 2024 entdeckte die israelische Armee direkt unter der UNRWA-Zentrale einen Tunnel der Hamas. Die Stromversorgung und eine Internetverbindung stellten Kabel direkt aus der Zentrale sicher, trotzdem will dort niemand etwas von dem Tunnel oder der freundlichen Hilfe für die Terrorgruppe mitbekommen haben.

Weißwaschung

Doch unter dem Eindruck des 7. Oktober war die UNRWA dieses Mal nicht in der Lage, die gegen sie gerichteten Vorwürfe so unter den Tisch zu kehren, wie sie es sonst immer tut: Nachdem 16 Länder, darunter die USA, Deutschland und Österreich, ihre Zahlungen an das Hilfswerk aussetzten, bestand Handlungsbedarf. Also setzte die UNRWA eine „unabhängige“ Untersuchungskommission ein, um den laut gewordenen Vorwürfen auf den Grund zu gehen. Die Absicht hinter diesem Unterfangen war so offensichtlich wie einfach: Die Kommission sollte der UNRWA einen Persilschein ausstellen, damit das Geld der skeptisch gewordenen Geberländer möglichst rasch wieder ungestört fließt.

Das stellte die UNRWA auf mehrere Arten sicher. Erstens bestand die Kommission aus lauter Mitgliedern, die so zugunsten des Hilfswerks voreingenommen sind, dass am „richtigen“ Ergebnis der Untersuchung kein Zweifel

bestand. Wie es bei den Vereinten Nationen in Sachen Israel üblich ist, war die offensichtliche Befangenheit der Kommissionsmitglieder kein Ausschlusskriterium, sondern vielmehr Voraussetzung, um mit der Untersuchung beauftragt zu werden.

Als ob die Auswahl der Kommissionsmitglieder nicht schon gereicht hätte, um ein wohlwollendes Ergebnis der Untersuchung sicherzustellen, wurde zweitens deren Aufgabenstellung so eingegrenzt, dass ja nichts allzu Unangenehmes ans Licht kommen konnte. Deshalb wurde die Untersuchung der Vorwürfe über konkrete Tatbeteiligungen von über einem Dutzend UNRWA-Leuten einfach ausgegliedert und gehörte gar nicht zum Untersuchungsgegenstand.

Ebenfalls von der Untersuchung ausgeschlossen waren „Informationen über Einzelfälle und Informationen, welche die Menschenrechte und die Privatsphäre des Einzelnen verletzen können“. Deshalb ignorierte die Kommission beispielsweise sämtliche Eingaben von UN Watch, welche die Terrorverherrlichung durch Tausende UNRWA-Mitarbeiter dokumentierten.

Was dann noch als Arbeitsauftrag übrigblieb, beschränkte sich auf eine Untersuchung der „Mechanismen und Verfahren“, mit denen die „Neutralität“ der UNRWA gewährleistet werden soll. Dass dabei außer den kosmetischen Änderungsvorschlägen, die in den Endbericht aufgenommen wurden, praktisch nichts herauskommen konnte, war von Anfang an klar. Welcher der im Endbericht gelobten Mechanismen und Verfahren hätte denn auch zutage fördern können, dass es mit Leuten wie dem Sozialarbeiter Faisal Ali Mussalem al-Naami und dem Mathematiklehrer Rami Mohammed Ramadan Sabah ein Problem geben könnte?

Statt zu dem realistischen Schluss zu kommen, dass die der UNRWA zur Verfügung stehenden Mittel selbst bei gutem Willen schlicht komplett ungeeignet wären, um Verbindungen von Mitarbeitern zu Terror-Organisationen auf die Spur zu kommen, erklärte der Bericht, dass es zwar einige wenige faule Äpfel geben möge, es abgesehen davon aber keine Belege für eine massenhafte Terrorverstrickung von UNRWA-Mitarbeitern gebe.

Aus Sicht der UNRWA dürfte die ganze Operation ein Erfolg sein: Nach der Veröffentlichung des Berichts erklärten mehrere Länder, darunter Deutschland, ihre Zahlungen wieder aufzunehmen zu wollen. Am zugrundeliegenden Problem – dass nämlich im Gazastreifen nicht klar ist, wo die UNRWA aufhört und die Hamas anfängt – hat sich damit nichts geändert. Aber das war ja auch nie das Ziel der „unabhängigen“ Kommission. |

Die UNRWA

Das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge in Nahost, UNRWA, begann seine Tätigkeit am 1. Mai 1950. Das Mandat wird seitdem alle drei Jahre verlängert. Ursprünglich war die Organisation nur temporär gedacht, um Flüchtlingen und Vertriebenen mit Nothilfe beizustehen, bis eine Regelung der Palästinafrage gefunden würde. Doch längst beschränkt sich die Unterstützung nicht mehr auf Nothilfe. Die UNRWA beschäftigt heute mehr als 30.000 Mitarbeiter und hat damit einen Personalschlüssel von 1 zu 166. Beim Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, liegt dieser Wert bei etwa 1 zu 6.500. Anders als beim UNHCR wird der Flüchtlingsstatus bei der UNRWA vererbt. Die UNRWA ist im Gazastreifen, dem Westjordanland, Jordanien, dem Libanon und Syrien tätig.

Florian Markl ist

wissenschaftlicher Leiter der Nahost-Denkfabrik „Mena-Watch“. Mit Alex Feuerherdt hat er das Buch „Vereinte Nationen gegen Israel“ verfasst.

Leichter gesagt als getan

Hilfslieferungen Richtung Gaza erhalten mehr internationale Aufmerksamkeit als der beinahe tägliche Raketenbeschuss aus dem Küstengebiet Richtung Israel. „Hilfe für Gaza“ ist für viele das Gebot der Stunde. „Menschenrechtsaktivisten“ behaupten, Israel wolle die Palästinenser aushungern. Das stimmt nicht. Eine Analyse von Carmen Shamsianpur

Medien sprechen vom „Krieg in Gaza“, als gäbe es keinen Krieg in Israel. Während Raketen von Hamas und Hisbollah, hunderttausende evakuierte Israelis und das Schicksal der israelischen Geiseln wenig Beachtung finden, erscheint Israels Verteidigungskampf als ein „genozidaler Krieg“ an der palästinensischen Zivilbevölkerung.

nale Hilfslieferungen ein bedeutender Einkommenszweig der Terroristen. Diese Quelle wollte Gallant verstopfen und so Druck ausüben.

Schnell wurde aber klar, dass die Hamas auf einen längeren Krieg vorbereitet war. Sie hatte für sich selbst Nahrungsmittel und Treibstoff für Monate gebunkert. Das Wohlergehen der Zi-



Nicht immer erreichen die Hilfsgüter die palästinensischen Zivilisten

In einer seiner ersten Wortmeldungen nach dem 7. Oktober kündigte der israelische Verteidigungsminister Joav Gallant (Likud) an, es werde in Gaza „keinen Strom, keine Lebensmittel und keinen Treibstoff“ geben, ebenso kein Wasser. Der Impuls lag nahe, denn die Angreifer sind nahezu vollständig von Israel und seinen Verbündeten abhängig. Bereits vor dem Krieg waren internatio-

vilbevölkerung war ihr egal. Die Verknappung lebenswichtiger Ressourcen konnte also kein geeignetes Mittel zum Druck auf die Terroristen sein. Bereits zwei Wochen nach dem 7. Oktober fuhr wieder Lastwagen mit Hilfsgütern nach Gaza. Der Krieg ist für Zivilisten in Israel und im Gazastreifen eine Katastrophe. Für die Palästinenser kommt erschwerend hinzu, dass sie von ihrer Füh-

rung nicht etwa geschützt, sondern systematisch als Schutzschilde, Kanonenfutter und moralisches Druckmittel missbraucht werden.

Hungerkatastrophe?

Von einer systematisch durch Israel herbeigeführten Hungerkatastrophe kann jedoch keine Rede sein. Mit jedem Monat des Krieges erreichten mehr humanitäre Lieferungen den Gazastreifen. Bilder von vollen Marktständen und weggeworfenen Nahrungsmitteln machten die Runde. Paradoxerweise wurden die Behauptungen einer drohenden Hungerkatastrophe parallel dazu immer lauter.

Die erzeugte Vorstellung von unterernährten Menschen und aufgeblähten Hungerbäuchen ist falsch. Hilfsorganisationen sprechen in der Regel von einer „drohenden Hungerkatastrophe“ ohne belastbare Daten, oder von vorübergehenden Nahrungsmittel-Engpässen in bestimmten Gebieten, etwa für Menschen im nördlichen Gazastreifen, die Israels Evakuierungsauftrag nicht gefolgt sind.

Frisches Obst und Gemüse sind Mangelware. Menschen mit speziellen Erkrankungen können auf bestimmte Diäten angewiesen sein. Der dokumentierte Tod des zehnjährigen Jasan Kafarna wurde eventuell durch Lebensmittelknappheit herbeigeführt oder beschleunigt. Bilder des ausgezehnten Jungen gingen viral. Er ist aber kein Beispiel und schon gar kein Beweis für eine Hungerkatastrophe. Jasan litt an Zerebralaparese, den Folgen einer Fehlbildung des Gehirns. Seine Lebenserwartung war gering und wurde durch den Krieg noch verkürzt.

Laut „Deutschem Ärzteblatt“ ist jedes dritte bis vierte Kind in europäischen Krankenhäusern mangelernährt, manche von ihnen schwerwiegend. Ein besonders hohes Risiko für einen schlechten Ernährungszustand haben laut der Stiftung Frühgeborene. Auch Kinder mit angeborenen Herzfehlern, einer Mukoviszidose und verschiedenen Magen- und Darmerkrankungen seien häufig betroffen. Bilder von unterernährten Kindern beweisen demnach lange keine Hungerkatastrophe.

Tragische Zwischenfälle

Bei der Verteilung von Nahrungsmitteln kam es zu mehreren tragischen Zwischenfällen. Zahlreiche Tote bei einem Massenansturm auf einfliegende Laster Ende Februar wurden Israel angelastet. Dabei hat die israelische Armee weder die Kapazität noch die Aufgabe, die Transporte zu schützen. Weitere Menschen wurden von Hilfspaketen erschlagen, die die USA aus der Luft abwarfen und deren Fallschirm nicht ordnungsgemäß öffnete. Ebenso ertranken mehrere Palästinenser beim Versuch, Güter aus dem Meer zu fischen.

Ein tragischer Vorfall ereignete sich am 1. April, als das israelische Militär fälschlicherweise sieben Mitarbeiter der Hilfsorganisation World Central Kitchen (WCK) tötete. Armee und Politik baten um Entschuldigung und kündigten Untersuchungen an. Vier Wochen nach dem Vorfall nahm WCK ihre Arbeit in Gaza wieder auf. Nach wie vor unterstellen Kritiker Israel einen gezielten Anschlag auf die internationalen Helfer.

Außerdem kursieren Videos in den Sozialen Medien, die die Zerstörung von Hilfsgütern durch israelische Aktivisten doku-

mentieren. Mitglieder rechter Gruppen sowie von Verbänden der Geisellieferanten blockieren Straßen und entladen LKWs. Sie wollen Hilfslieferungen erst wieder zulassen, wenn die Geiseln freigelassen werden oder zumindest nachweislich Versorgung erhalten. Diese Aktionen beeinträchtigen die humanitäre Hilfe nur minimal. Sie bekommen jedoch größere mediale Aufmerksamkeit als Boykott und Diebstahl durch die Hamas.

Hilfsgüter für die Hamas

Die Tatsache, dass die Hamas für ihre eigene Versorgung alles Notwendige gebunkert hat, bedeutet nicht, dass sie den reibungslosen Transport von Hilfe für die Bevölkerung zulässt. Stattdessen bereichert sie sich am Leid der Menschen. Als die Knappheit am größten war, verkaufte sie Lebensmittel und andere Artikel zu Wucherpreisen.

Außerdem nutzte die Terrorgruppe die LKW-Lieferungen für Waffenschmuggel. Deswegen sah sich Israel genötigt, jede einzelne Lieferung genau zu überprüfen. Was dabei zutage trat, erzählt die deutsche Bundestagsabgeordnete Julia Klöckner (CDU), die sich vor Ort ein Bild von der Lage machte. Sie berichtet von Sprengstoff, der zwischen Eiern verpackt und in Tischbeine eingeschraubt war. Von mehreren Hundert Lastwagen, die Israel abfertigte, kehre nur etwa die Hälfte zurück. Überfälle und Plünderungen durch die Hamas oder die Bevölkerung seien an der Tagesordnung. „Reifen und Technik“ könne die Hamas verwenden.

Diese Aussagen beziehen sich vor allem auf den Übergang in Rafah an der Grenze zu Ägypten. Bis zur Einnahme durch die israelische Armee am 7. Mai kontrollierte die Hamas den gesamten dortigen Waren- und Personenverkehr. Sie verdiente an der Hilfsgüterzufuhr und an der Flucht von Palästinensern nach Ägypten. Das war der Hauptgrund für die teilweise Zurückhaltung von Lieferungen durch Israel. Tonnen von Mehl in den Händen der Hamas oder der terroristisch unterwanderten UN-Organisation UNRWA helfen den Zivilisten nicht. Palästinenser, die bei der Hilfsgüterverteilung mit Israel zusammenarbeiten, betrachtet die Hamas als „Kollaborateure“ und ahndet entsprechend ihre „Verbrechen“. Viele Länder suchen deswegen nach alternativen Versorgungswegen. Die USA, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate warfen Hilfsgüter aus der Luft ab. Zudem errichteten die USA einen provisorischen Hafen und drängten Israel zur Öffnung weiterer Grenzübergänge.

Wie geht es weiter?

Die erste Hilfslieferung über den wiedereröffneten Grenzübergang Eres im Mai beschlagnahmte die Hamas – ein Vorgang, der ausnahmsweise von den UN bestätigt wurde. Terroristen beschossen sowohl den im Bau befindlichen Hafen als auch den Übergang Kerem Schalom, wobei vier Soldaten ihr Leben verloren. Offensichtlich will die Hamas die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung außerhalb ihrer Kontrolle sabotieren. Das Gros der Kritik richtet sich dennoch gegen Israel.

Seit Israel den Grenzübergang Rafah kontrolliert, stapeln sich die Hilfsgüter auf ägyptischer Seite in der Sonne. Ägypten will die Güter nicht in israelische Hände übergeben. Die Leidtragenden sind die palästinensischen Zivilisten. Aber die Schuldigen sind nicht die Israelis. |

Mit hartnäckiger Schlagseite

Die öffentlich-rechtlichen Medien zeigen sich bei der Berichterstattung über Israel nicht immer von ihrer besten Seite. Das ist an kleineren und größeren Vorfällen in den vergangenen Jahren ersichtlich. Ein Einwurf Daniel Frick



**Anschlagsort Synagoge:
Im Jahr 2014 töteten zwei
palästinensische Brüder
mehrere Juden beim Gebet.
Der Vater der Terroristen
durfte im ZDF die Tat recht-
fertigen.**

Am frühen Morgen des 18. November 2014 ermordeten zwei Araber aus Ostjerusalem in einer Synagoge im Westteil der Stadt vier Juden. Sie verwendeten dazu Äxte, Messer und eine Pistole. Ein weiterer Jude starb nach elf Monaten im Koma an seinen Verletzungen. Die Terroristen erschossen außerdem einen drusischen Polizisten, der zur Hilfe geeilt war. Der Anschlag war damals einer der schwersten seit vielen Jahren.

Das „Heute-Journal“ des ZDF berichtete darüber am Abend. Der Beitrag von der damaligen Korrespondentin Nicole Diekmann begann mit einem Besuch bei der Familie der Opfer. Allerdings nicht der jüdischen Opfer, sondern der arabischen „Opfer“. Ein Polizist hatte es gewagt, die beiden Angreifer im Gefecht zu töten.

Der Vater der beiden Brüder erzählte in die Kamera, dies sei der „schlimmste Tag meines Lebens“. Indes halte er den Anschlag für eine natürliche Reaktion angesichts des Leids von

Palästinensern. „Jeder, der sieht, wie wir Palästinenser leiden, kann verstehen, wie Menschen so reagieren.“

Es ist nicht überliefert, wie viele Zuschauer bei diesem Satz genickt haben. Der Bericht beklagte zwar noch die „Verrohung“ in der palästinensischen Gesellschaft. Mit seinem Einstieg betrieb er aber eine Täter-Opfer-Umkehr – die Tageszeitung „Welt“ sprach im Nachhinein von einer „Parodie des Journalismus“. Seine Wirkung wird der Bericht nicht verfehlt haben: Irgendwie ist Israel doch schuld an dem ganzen Terror!

Verzerrte Wahrnehmung

Auch zehn Jahre später ist diese Episode noch erwähnenswert. Denn sie zeigt: Wenn es Menschen gibt, die das Terrormassaker vom 7. Oktober 2023 als gerechtfertigten Widerstand ansonsten unschuldiger Palästinenser einstufen, dann haben auch Berichte wie der erwähnte

dieser Wahrnehmung Vorschub geleistet. Er ist ein Beispiel für eine über die Jahre konstant schräge Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien über Israel.

Wer so eine Einschätzung für übertrieben hält, mag sich die Dokumentation zum 75-jährigen Staatsjubiläum ansehen, die das ZDF im Frühjahr vergangenen Jahres zeigte. Der halbstündige Film enthält zwei eigentlich schon klassische Auslassungen, bei denen Israel zu Unrecht als Unterdrücker und die Palästinenser als Unterdrückte wegkommen:

Fast unvermeidlich beginnt der Beitrag mit den Siedlungen. Diese stünden in Gebieten, „die nach dem UN-Teilungsplan von 1947 größtenteils den Palästinensern zustehen“. Keine Rede davon, dass die Araber damals den Teilungsplan ablehnten. Dass sich die Israelis 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen und dafür Terror bekommen haben, bleibt ebenfalls unerwähnt – eine Fehlinformation durch Auslassung. Im Zusammenhang mit dem Thema Siedlungen wäre dieser Aspekt erwähnenswert gewesen.

Diese Lücken mögen banal erscheinen. Aber im Lichte der aktuellen anti-israelischen Proteste auf den Straßen und in den Universitäten der westlichen Welt ist ersichtlich, wie fahrlässig die Redakteure agieren, wenn sie diese Informationen weglassen. Protestler verfluchen Israel und rufen zu einer „globalen Intifada“ auf; doch zum Teil wissen sie nicht einmal, dass sich Israel 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat.

Eifer ohne Einsicht

Dabei ist es nicht so, dass dies mit einem Versehen zu erklären wäre. Die Öffentlich-Rechtlichen erhalten immer wieder Hinweise auf derartige „Fehlgriffe“, seit Neuestem auch durch den emsigen Account „ÖRR Antisemitismus Watch“ auf der Plattform X. Die Sender wiederholen sie unbeirrt und lassen damit eine Schlagseite erkennen.

Das zeigt sich auch in kleineren Vorfällen: Im Mai 2021 postete das ARD-„Morgenmagazin“ in der Berichterstattung über den Hamas-Raketenangriff auf Israel und die israelische Reaktion einen Tweet mit dem Hashtag #Gaza-UnderAttack. Damit schlug sich die Redaktion auf die Seite von Aktivisten, die Israel ein Selbstverteidigungsrecht absprechen. Erst nach Hinweisen durch Nutzer löschte sie den Tweet. Im November 2021 betrieb das ZDF eine weitere Täter-Opfer-Umkehr: Der Sender titelte „Ein Palästinenser erschossen“, obwohl dieser ein Terrorist war und auf dem Tempelberg in Jerusalem einen Israeli getötet hatte.

Offen für Israel-Boycott

Hinweise von außen spielten auch bei dem Vorfall um Helen Fares eine Rolle: Die SWR-Moderatorin, laut Selbstauskunft eine „syrische Menschenrechtsaktivistin“, hatte im April dieses Jahres auf ihrem privaten Instagram-Account für Israel-Boycott im Supermarkt geworben. Es war nicht ihr erster anti-israelischer Ausfall. Erst durch die große Aufmerksamkeit entschied sich der SWR für ein Ende der Zusammenarbeit.

Dass Fares schon länger mit einschlägigem Aktivismus auftrumpft, wusste das Sendehaus indes selbst. In einer Pressemitteilung anlässlich der Entlassung hieß es, dass Fares „wiederholt auf ihrem privaten Social-Media-Account extreme politische Positionen geäußert hat“.

Gegenüber Israelnetz erklärte der Sender, dass extreme politische Positionen an sich kein Kündigungsgrund seien, weil von der Meinungsfreiheit gedeckt. Nur wenn die „berechtigten Interessen des Arbeitgebers beeinträchtigt“ seien, liege ein Entlassungsgrund vor. Diese Antwort lässt den Eindruck aufkommen, dass nicht die Haltung von Fares gegen die Interessen des SWR verstößt, sondern der Umstand, dass es jemandem aufgefallen ist.

Anlässlich dieses Vorfalles bescheinigte eine jüdische Mitarbeiterin dem ÖRR ein „Antisemitismus-Problem“. Im Falle von Fares habe es der Aufmerksamkeit anderer Medien bedurft, damit der SWR dagegen vorgehe. „Denn einen eigenen Kompass lässt der Sender leider vermissen“, schrieb die Autorin unter einem Pseudonym in der Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“.

Weniger ist mehr

Ob man nun mit dem Antisemitismus-Vorwurf vordreschen muss, sei dahingestellt. Die Fallbeispiele über die Jahre lassen aber eine Schlagseite erkennen, und noch mehr: Eine Besserung ist schlicht nicht zu erkennen und auch nicht in Sicht.

Das verstärkt den Ruf nach Reformen der anderen Art, die derzeit aufgrund diverser Skandale rund um Kungelei und immense Vergütungen ohnehin im Gespräch sind. Der ÖRR hat zwar seine Berechtigung, denn er bietet viel sehens- und hörenswerteres Material. Dennoch ist eine Einschränkung von Macht und Breite keine abwegige, vielmehr eine nachvollziehbare Forderung. Der ÖRR arbeitet mit ARD und ZDF ohnehin in Doppelstrukturen. Hier findet sich sicher ein Ansatz für eine Reform, die die deutsche Medienlandschaft vielfältiger erscheinen lassen würde. |

Der ÖRR in Umfragen

Die Öffentlich-Rechtlichen stehen auch jenseits des Themas Israel in der Kritik. Eine INSA-Umfrage vom Juli 2023 ergab, dass nur 34 Prozent die Berichterstattung für ideologisch ausgewogen hält. Laut einer im Dezember 2023 durchgeführten Civey-Umfrage halten 75 Prozent den Pflichtbeitrag für zu hoch. Zugleich genießen die Fernsehsender des ÖRR mehrheitlich das Vertrauen der Bevölkerung: 60 Prozent gaben bei einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im April 2024 sehr großes oder großes Vertrauen an. Im Oktober 2020 taten dies allerdings noch 74 Prozent.

BEISETZUNG UNTER GROSSER ANTEILNAHME

„Shani, bitte vergib mir!“

Mehr als sieben Monate nach dem 7. Oktober trägt Familie Louk ihre Tochter Shani zu Grabe. Die 22-jährige war bereits in den ersten Stunden zu einem international bekannten Symbol des Hamas-Massakers in Südisrael geworden.
mh und Sandro Serafin



Von orthodox bis säkular: Hunderte Israelis drückten auf dem Friedhof in Srigim ihre Anteilnahme für die Familie Louk aus

Als „kleines Geschenk“ bezeichnete Ricarda Louk die Tatsache, dass sie den Leichnam ihrer Tochter überhaupt beerdigen konnte: Shani Louk war am 7. Oktober von Palästinenser-Terroristen beim Nova-Musikfestival in Re'im ermordet und in den Gazastreifen verschleppt worden. Die Bilder des geschändeten Leichnams der Deutsch-Israelin auf einem Pickup-Truck gingen in wenigen Stunden um die Welt.

Zunächst hatte die Familie noch Hoffnung, dass sie ihre Tochter lebend zurückbekommen würde. Doch Ende Oktober fanden israelische Einsatzkräfte ein Schädelfragment der 22-jährigen, das an ihrem Tod keinen Zweifel mehr ließ. Am 17. Mai informierte die Armee die Familie, den Leichnam gefunden zu haben. Und während zu dem Zeitpunkt immer noch fast 130 Menschen in Gaza gefangen waren, konnte der Leichnam von Shani Louk endlich beigesetzt werden – 225 lange Tage nach ihrem Tod.

Der Schmerz des Versagens

An dem Begräbnis in Srigim nahe Beit Schemesch in Zentralisrael nahmen hunderte Menschen teil. Auf einer zum Friedhof führenden Landstraße reihte sich ein Auto an das nächste. Die Teilnehmerschaft war bunt gemischt: Es kamen Anhänger der alternativen Nova-Szene, säkulare und orthodoxe Juden. Als



Die Trauernden hörten bei der Beerdigung Shanis Lied: „Ich will keine Kriege. Aber am Ende werde ich nach Hause zurückkehren.“

Vertreter Deutschlands war Botschafter Steffen Seibert mit seiner Ehefrau vor Ort.

Bevor Louk zu Grabe getragen wurde, hielten Familienangehörige und Freunde kurze Reden. Vater und Mutter dankten der Armee, dass sie ihre Tochter zurückgebracht hatte. Sie seien erleichtert gewesen, dass bei dem Einsatz niemand verletzt worden sei; nie hätten sie gewollt, dass für die Bergung von Shanis Leichnam Soldaten zu Schaden kommen. Unter anderen wurden auch die Leichen der 28-jährigen Amit Buskila und des 56-jährigen Jizchak Gelernter geborgen.

Ein Israelnetz-Video von der Trauerfeier können Sie hier anschauen

bit.ly/shani-louk



Mit internationaler Unterstützung: Iranischer Großangriff abgewehrt

Erstmals hat der Iran von seinem Staatsgebiet aus ganz offen Israel angegriffen. In der Nacht zum 14. April feuerte das Regime etwa 350 Drohnen und Raketen auf den jüdischen Staat ab. Doch Israel war nicht allein: Eine Koalition half, den Angriff abzuwehren. Zu der Allianz gehörten neben den USA und Großbritannien auch die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien und Ägypten. Selbst Saudi-Arabien war beteiligt. Dadurch wurden 99 Prozent der iranischen Geschosse abgewehrt. Die einzige geschädigte Person war ein siebenjähriges Beduinenmädchen in Südisrael, das schwere Verletzungen durch Splitter erlitt. Israel indes beschützte die Al-Aqsa-Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg gegen die iranischen Geschosse.

In Sozialen Netzwerken äußerten viele Iraner und Araber Spott über das Versagen bei dem Großangriff. Zudem wurde die unbestätigte Nachricht verbreitet, eine Rakete habe einen Brand in der iranischen Stadt Schiras ausgelöst. Ein Nutzer kommentierte: „Israel, mein Bruder, du brauchst sie nicht zu beschießen. Sie machen das selber.“

Westliche Politiker fordern Zurückhaltung

Nach dem Großangriff warnten westliche Staatenlenker vor einer Eskalation und forderten von Israel Zurückhaltung. Am 19. April gab es Berichte über einen israelischen Angriff auf einen iranischen Luftwaffenstützpunkt bei Isfahan. Tehe-

ran bestritt allerdings, dass es ein Angriff von außen gewesen sei. „Die Diskussion geht eher in Richtung Infiltration statt Angriff“, zitierte die Nachrichtenagentur „Reuters“ einen Regimevertreter.

Einen Monat später kamen der iranische Präsident Ebrahim Raisi und Außenminister Hussein Amir-Abdollahian bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Sie befanden sich auf dem Rückflug vom Nachbarland Aserbaidschan, nachdem sie im Grenzgebiet einen Staudamm eingeweiht hatten. Auch hier gab es keine iranischen Anschuldigungen gegen Israel. Behörden gaben nach einer ersten Untersuchung an, der Hubschrauber sei im Nebel gegen einen Hügel geprallt und in Flammen aufgegangen. |

Elisabeth Hausen

Shanis Vater Nisim begann seine Ansprache mit einem Vers aus dem biblischen Hohelied: „Deine Lippen sind wie eine scharlachfarbene Schnur, und dein Mund ist lieblich. Deine Schläfen sind hinter deinem Schleier wie eine Scheibe vom Granatapfel. Dein Hals ist wie der Turm Davids, mit Brustwehr gebaut, an der tausend Schilde hängen, alle Köcher der Starken.“ Bewegt, aber gefasst ergänzte er: „Meine schöne und ewig junge Tochter, diese Worte aus dem Hohelied beschreiben deine äußere und innere Schönheit.“

Den persönlichen Worten ließ Louk einen Blick auf die allgemeine Lage der Nation folgen. Er bat seine Tochter um Vergebung: „Bitte vergib mir, Shani, dass ich versagt habe, dich zu beschützen! Wir haben die Größe der Gefahr unterschätzt. Alle Systeme haben versagt.“ Als Reaktion auf das Geschehene forderte er zu einer „Neubelebung“ Israels auf: „Über viele Jahre haben wir alles, wirklich alles, getan, um Krieg zu vermeiden und nach Frieden zu streben“, sagte er. „Wir haben in Euphorie gelebt, doch diese Zeit ist vorbei.“ Das Land dürfe nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen: „Dann besteht die Gefahr, dass wir unseren Staat verlieren.“

Die „Neubelebung unseres Landes“ sei die einzige Form der Erinnerung, die den Verlust und die große Wunde heilen kann, sagte Louk. „Die Verantwortung für und die Sorge um unsere Kinder und Enkel und alle Juden auf der Welt ruht auf unseren Schultern.“

Auf der Beerdigung sangen eine Freundin und Shanis Bruder ein Lied, dessen Text sie geschrieben hatte: „Der Tag ist vergangen und ich möchte nach Hause. Ich habe kein Schwert und keinen Schild und ich will keine Kriege. Also werde ich hier und dort reisen mit diesen und anderen. Am Ende kehre ich nach Hause zurück. Wenn es bereits dunkel ist, frage ich mich, wohin ich gehen soll. Wenn es keinen anderen Ort gibt, den ich mein Zuhause nennen kann. Am Ende aber werde ich nach Hause zurückkehren.“

Unter den Trauernden war auch Julia aus Rischon LeZion: „Ich habe Shani nur wenige Monate vor ihrem Tod kennengelernt.

Doch ihre Freude am Leben hat mich verändert.“ Im Andenken an sie hätten sie und weitere Freunde sich eine Wolke als Tattoo stechen lassen. Flüsternd sagte die junge Frau: „Shani hat die Freiheit und die Wolken geliebt.“ |

Anzeige

Schönblick

Israelkongress

**Land der Zukunft –
Land der Hoffnung**

19.–22. September 2024

Schwäbisch Gmünd

Frühbucher-
Rabatt bis

18.7.

Mitveranstalter

www.schoenblick.de/israelkongress

ENDE DER REGENZEIT

See Genezareth gut gefüllt

Dank des regenreichen Winters steigt der Wasserstand des Sees Genezareth auf ein hohes Niveau. Der höchste Wert wird Anfang Mai gemessen.

Petra Kakyire

Israel blickt auf eine ertragreiche Regenzeit zurück: Schon zu Beginn des Jahres 2024 zeigte der Pegel des Sees Genezareth hohe Werte. Aufgrund heftiger Regenfälle am 31. Januar stieg er innerhalb weniger Tage um 15 Zentimeter und lag damit bei 210,65 Meter unter dem Meeresspiegel. Im Monat Februar erlebte Israel 14 Tage lang in Folge Regenfälle im Norden und Süden – zum ersten Mal seit Februar 1992. Der israelische Wetterdienst nennt diese Art von Niederschlag einen „Regen des Segens“. Auch im März gab es große Regenmengen. Dies führte zu einem Höchststand Anfang Mai: 209,3 Meter unter dem Meeresspiegel.

Klima in Israel

In Israel ist das Wetter vorwiegend geprägt von warmen und heißen Sommertagen. Der nördliche Teil des Landes ist häufig gekennzeichnet von einem heißen und trockenen Sommer und einem milden, eher feuchten Winter. Die durchschnittlichen Höchsttemperaturen liegen im Sommer bei 27 bis 31 Grad Celsius und im Winter bei 13 bis 17 Grad. Im Süden liegen die durchschnittlichen Höchsttemperaturen von März bis Oktober bei 40 Grad. Im Winter erreichen sie 20 bis circa 23 Grad.

See Genezareth – ein biblischer Ort

Der See Genezareth ist besonders für Christen ein beliebtes Reiseziel. Erwähnt wird er im Neuen Testament. Laut Bibel wohnte und wirkte Jesus in der Gegend rund um den See. Er hielt dort seine Bergpredigt. In Tabgha am Nordwestufer vermutet man den Ort der in den Evangelien geschilderten Brotvermehrung. Einige Apostel, wie zum Beispiel Johannes, Matthäus und Jakobus, stammen aus der Region. Christliche Gäste besuchen den See, um in die Geschichte von Jesus tiefer einzutauchen. |

BIBELKOLUMNE

Fehlende Erntearbeiter

Für zehn Tage begibt sich der Deutsche Nicolas Dreyer zu einem Freiwilligendienst nach Israel. Schon oft war er im Land, doch der Einsatz in der Landwirtschaft vertieft sein Bibelverständnis.

Nicolas Dreyer

Im Februar flog ich im Rahmen eines Freiwilligendienstes für zehn Tage nach Israel. Frühmorgens fuhren meine Mitvolontäre und ich zu „unserem“ Bauernhof in Geva Karmel, wo wir in den Tomaten- und Paprikaplantagen arbeiteten. Der Bauer Jossi und der Leiter unserer Gruppe erklärten uns die nötigen Handgriffe. Bis zum frühen Nachmittag machten wir uns an die körperlich oft anstrengende Arbeit.

Wir geizten Tomatenstauden aus, entfernten also die Triebe. Außerdem pflückten wir Tomaten und Paprika, säuberten die Stauden von störendem Laub und Früchten und behandelten sie gegebenenfalls mit Pilzmitteln. Zwischen den Stauden sammelten wir das Laub auf und brachten es weg.

Jossi und andere Israelis, die ihm bei der Gemüsezucht halfen – wie zum Beispiel Biologen, die ihn bei der Bekämpfung von Pilzkrankungen berieten –, brachten uns großen Dank für unseren

**Jesus sagte zu seinen Jüngern:
„Die Ernte zwar ist reich, doch der Arbeiter sind wenige. Betet, dass der Herr der Ernte Arbeiter aussenden wird, die seine Ernte einbringen.“**

Matthäus 9,37–38

Er teilte uns mit, dass das Wissen um den Erzvater Abraham, dem dieses Land verheißten war und der es selbst bestellte und darin Viehzucht betrieb, ihn motiviert, Gleiches zu tun.

Verbindung zwischen Volk, Land und Schrift

Die Ernte- und Hilfsarbeiten im fußballfeldgroßen Gewächshaus machten uns, die wir mehrheitlich bisher keine landwirtschaftlichen Erfahrungen hatten, zumindest ein wenig mit dem Gemüseanbau in Israel bekannt. In Gesprächen untereinander war uns die Wertschätzung und die Verbindung sehr wichtig, die zwischen dem Volk und dem Land Israel besteht, genauso wie auch insgesamt den Ländern, die mit der Geschichte Israels und der Heiligen Schrift verbunden sind.

Ganz neu wurde mir bewusst: Das Land als regionaler geographischer Faktor und die darauf basierenden Gewerbe, vor allem die Land-, aber auch die Forstwirtschaft kommen in der Bibel häufig vor.

Wenige Arbeiter in der Ernte

Auch die Ernte ist ein beliebtes Motiv in den Gleichnissen Jesu. Matthäus 9,37–38 nutzt das Motiv vom Mangel an Erntearbeitern in einem geistlichen Sinn. Jesu zeitgenössische Zuhörer und die frühen Leser der Evangelien des Matthäus oder des Lukas (10,2–7) waren nur zu gut mit der wirtschaftlichen Realität und den Konsequenzen eines Mangels an Erntearbeitern in diesem semi-ariden und ariden Streifen Land vertraut, der wiederholt von Hungersnöten geplagt war.

Mit Sicherheit waren Zeitgenossen diese Motive in der theologischen Verkündigung aus Teilen der Hebräischen Bibel bekannt. Vor allem die Propheten enthalten solche Motive (vergleiche Haggai 1,6).

Jesu Worte vom Mangel an Erntearbeitern entsprechen der aktuell realen Situation dieses israelischen Wirtschaftszweiges. Wenn es nicht genügend Hände in der Ernte gibt, verrotten Teile davon, und die Versorgung der Bevölkerung mit den benötigten Nahrungsmitteln erreicht nicht ihr volles Maß. Zur Zeit ist die Erntehilfe ein bedeutender Teil der Verteidigungsanstrengungen, und viele Israelis helfen in ihrer Freizeit als Freiwillige. |

Der Text entstand unter Mitwirkung von mh



Nicolas Dreyer ist 2. Vorsitzender des deutschen Fördervereins für den israelischen Rettungsdienst, Christliche Freunde des Magen David Adom in Israel (CFMDA) e.V., und Mitglied der General Assembly des „AMI Jerusalem Center for Biblical Studies and Research“. Der promovierte Slawist ist Lehrbeauftragter an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

 israelnetz

KARTENSET

Israel ist ein Wunder

Lassen Sie sich mit Motiven der jüdischen Kultur und des mediterranen Flairs Israels inspirieren.

Erhalten Sie dazu 8 hochwertige Karten (6x Postkarten, 1x Klappkarte, 1x Mini-karte) in einer Kartenbox für nur 7,50 € zzgl. Versand.

Israel ist kein Staat wie jeder andere.
Israel ist ein Wunder.

Jetzt bestellen!

 shop.israelnetz.com

 06441 5 66 77 00

